

Bern, 22. Mai 2015

Schwedens Asylpolitik wird zum Albtraum

Schweden hat die liberalste Asylpolitik Europas und ist neben der Schweiz und Norwegen das beliebteste Einwanderungsland für Flüchtlinge aus sämtlichen Krisengebieten des Nahen Ostens und Nordafrika. Das Land hat 9,7 Millionen Einwohner und einen Ausländeranteil von rund 20%, und ist seit 1995 Mitglied der EU. Als drittreichstes Land Europas mit einem grosszügig ausgebauten Sozialsystem hat es eine langjährige humanistische Tradition, **Flüchtlinge aus aller Welt aufzunehmen. Während der letzten Jahre wurden besonders viele Syrer und Iraker aufgenommen, 2012 waren es 103'000!** Auch im vergangenen Jahr haben wieder 81'300 Menschen aus Syrien, Eritrea und dem Irak einen Asylantrag eingereicht und sie alle erhalten eine unbegrenzte Aufenthaltsbewilligung. **Für dieses Jahr werden 105'000 Flüchtlinge erwartet.**

Gewalt und Vandalismus in den Städten

Langsam werden die Unterkünfte knapp, die Einwanderungsbehörden sind überfordert und die Migranten frustriert. Wenn das Asylgesuch positiv beantwortet wird, folgt eine 2-jährige Integrationsphase mit Intensiv-Sprachkursen, Weiterbildung und Praktiken. Für die Teilnahme an diesen Programmen werden die Asylanten bezahlt. **Danach sollen die Migranten eine Arbeitsstelle finden, doch dies gelingt nur jedem Vierten, der Rest lebt von der Sozialhilfe.** Die Arbeitslosenquote in Schweden beträgt 8,1%, die Jugendarbeitslosenquote dagegen 25%. Es fehlen genügend Stellen für ausländische Jugendliche, die sich eine bessere Zukunft im reichen Schweden vorgestellt haben. **In den Vorstädten Stockholms beträgt der Migrantenanteil bereits 68%!** Im Mai 2013 verschärften sich die Probleme im Grossraum Stockholm mit randalierenden jungen Migranten.

Es wurden Polizeistationen, Schulen, Kindergärten, Autos und Müllcontainer mit Brandsätzen attackiert, Polizisten und Feuerwehrleute mit Steinen beworfen und verletzt.

Europa war schockiert über die Bilder brennender Autos und heftiger Strassenkämpfe im Musterland Schweden. Zuvor geschah dies nur in Frankreich und Grossbritannien. **Dass Schweden die höchste Vergewaltigungsrate der EU-Länder hat und sogar die zweithöchste der Welt, wird von der schwedischen Presse verschwiegen.**

Jährlich werden in den Sommermonaten bis 6'000 Schwedinnen, meistens blonde, Opfer von Vergewaltigungen.

Die Täter sind zu 85% Migranten mit islamistischem Hintergrund, es können jedoch nur 3% für ihre Tat verurteilt werden.

Wachsende Kritik gegenüber Asylpolitik

Immer mehr Schweden nehmen eine kritische Haltung gegenüber dieser liberalen Einwanderungspolitik und ihren Folgen ein. Eine Umfrage ergab, dass für jeden fünften Schweden die Einwanderung das wichtigste politische Thema ist. **Viele scheuen sich jedoch zuzugeben, dass sie gegen diese Masseneinwanderung sind, aus Angst als Rassist bezeichnet**

zu werden. Ingrid Carlqvist, Journalistin und Vorsitzende der „Free Press Society“, stellte ein Video mit dem Titel „Ich will mein Land zurück“ ins Internet. Darin schildert sie die Wahrheit über den Multikulti-Albtraum in Schweden sehr eindrücklich und berichtet über Diskriminierungen, welchen sie aufgrund ihrer Offenheit ausgesetzt ist.

Schwedendemokraten im Aufwind

Die „Sverigedemokraterna“, die „Schwedendemokraten“, gegründet im Jahre 1988, eine rechts-populistische Partei, erhalten immer mehr Zulauf. **Seit 2010 ist sie im schwedischen Reichstag bei einem Wähleranteil von 5,7% mit 20 Abgeordneten vertreten.**

Im September 2014 erhielten die Schwedendemokraten sogar rund 13% der Wählerstimmen und dürfen nun mit 49 Vertretern im Reichstag Einsitz nehmen. Sie sind somit die drittgrößte Partei Schwedens.

Die Sozialdemokraten hatten einen Wähleranteil von 43,6% und die bürgerliche Allianz einen von 39,5%. Diese Parteien vertreten ein liberales Konzept und wollen die Einwanderung nicht begrenzen, sondern die Integration noch verbessern. Sie weigern sich, mit den Schwedendemokraten zusammenzuarbeiten, was zu einer Regierungskrise geführt hat, die jedoch nach Weihnachten behoben wurde. Die rot-grüne Regierung hat mit der bürgerlichen Opposition eine gegenseitige Vereinbarung getroffen, um den Einfluss der Schwedendemokraten zu schmälern.

Einwanderungsbegrenzung um 90%

Die Schwedendemokraten bezeichnen die bisherige Einwanderungspolitik als gescheitert. Diese hätte nur soziale und ökonomische Probleme hervorgerufen. Sie fordern eine strikte Beschränkung der Einwanderung.

Ihrer Meinung nach ist das ideale Ende eines Asylverfahrens die Rückkehr in das jeweilige Heimatland. Ihr Ziel ist es, die Zahl der Zuwanderung allgemein um 90% zu senken.

Sie sehen ihre traditionelle schwedische Identität und Kultur durch Islamisierung und Globalisierung bedroht und sind auch sehr EU-kritisch. Sie befürworten die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Staaten, vorzugsweise mit nordischen Ländern wie Dänemark und Norwegen. Des Weiteren kritisieren Sie die hohen Kosten für das Asylwesen und möchten lieber die Sozialausgaben für die eigenen Leute erhöhen. Zugleich fordert die Partei eine Steuersenkung für alle. Obwohl sich die Schwedendemokraten von jeglichem Rassismus distanzieren, werden sie von den schwedischen Medien teilweise immer noch boykottiert.

Zwei Vertreter im EU-Parlament

In Südschweden leben die meisten ihrer Anhänger und sie gewinnen immer mehr Wählerstimmen, besonders auf kommunaler Ebene. **Insgesamt konnten sie in 145 Gemeinden 286 Mandate erringen.** Momentan erfreuen sich die Schwedendemokraten wachsender Beliebtheit bei der Bevölkerung. **Heute würden sogar bereits 17% aller Schweden für sie stimmen.** 7% ihrer Anhänger sind übrigens eingewanderte Osteuropäer.

Bei den Europawahlen 2014 erreichte die Partei einen Wähleranteil von 9,7%, was bedeutete, dass die Schwedendemokraten mit 2 Abgeordneten ins Europaparlament in Brüssel einziehen durften.

Erwartungsgemäss wird sich die Sitzzahl nach den nächsten Wahlen im Jahr 2018 noch erhöhen. Jimmie Akesson, der 35-jährige Parteivorsitzende, übernahm vor 10 Jahren die Parteiführung. Es gelang ihm, das Image der Partei erfolgreich zu verbessern. Er sagt: „Man kann eine Partei, die von 13% der Wähler gewählt worden ist, und das sind rund 800'000 Stimmberechtigte, nicht einfach ignorieren.“ Er setzt auf Bürger, die von den anderen Parteien enttäuscht sind. **Die Schwedendemokraten verstehen sich aber nicht als rechtsextrem. Darum wurden 20 Mitglieder der eigenen Jugendorganisation (SDU), denen Kontakte zu rechtsextremen Kreisen und Neonazigruppen nachgewiesen werden konnten, aus der Partei ausgeschlossen.**

Umsiedlungspläne der UNO

Das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlingswesen möchte vorerst einmal 100'000 syrische Flüchtlinge permanent in sichere Länder umsiedeln. Es hat alle Industriestaaten angefragt, wie viele Flüchtlinge sie übernehmen würden. Da Schweden bisher am meisten Syrer aufgenommen hat, sagte die Regierung nur für 2'700 Personen zu. Die Schweiz dagegen will prozentual zur Bevölkerungszahl die höchste Anzahl aller Länder aufnehmen, **nämlich 1,02 Promille, das sind vorläufig 8'200 Personen, doch ist zu erwarten, dass unser Bundesrat diese Zahl noch erhöhen wird.** Bis jetzt haben nur 28 Staaten zugesagt, insgesamt 85'000 Syrer aufzunehmen, bleibt also eine Differenz von 15'000.

Seit März 2011 hat die Schweiz bereits 8'100 syrische Flüchtlinge aufgenommen, die kaum je wieder in ihre Heimat zurückgewiesen werden können.

Der Bund zahlt jährlich 3 Milliarden für Entwicklungshilfe, könnte davon nicht ein Teil für die Syrien-Hilfe an Ort verwendet werden?

Aufnahme von „Schutzbedürftigen“

Der Bundesrat hat den 30-Millionen-Kredit für humanitäre Hilfe für Syrien auf 50 Millionen aufgestockt, was vernünftiger und kostengünstiger ist, als die Vertriebenen in so grosser Zahl bei uns zu integrieren. Unser Land ist einfach zu klein, um noch mehr Asylanten für immer aufzunehmen. Erschwerend kommt noch hinzu, **dass die UNO-Beamten von den Millionen syrischer Flüchtlinge vorerst 3'200 „besonders Schutzbedürftige“ für die Schweiz auswählen.**

Das bedeutet, dass uns traumatisierte Folteropfer, Behinderte, Betagte, Kinder und alleinerziehende Mütter, Homo- und Transsexuelle zugeteilt werden. Diese können grösstenteils nur schwer integriert und in unseren Arbeitsprozess eingegliedert werden.

Wahrscheinlich werden sie lebenslänglich auf Betreuung und Sozialhilfe angewiesen sein. Zurzeit ist noch kein Ende für diesen schrecklichen Bürgerkrieg in Syrien abzusehen und es sind mehr als 11 Millionen Vertriebene, die eine neue Heimat suchen. Viele andere, grössere Staaten mit mehr Platz weigern sich, Flüchtlinge aufzunehmen oder finanzielle Hilfe anzubieten, um das gewaltige Flüchtlingselend zu lindern.

Die kleine, dicht besiedelte Schweiz ist kein Einwanderungsland und sollte aus der überbordenden Asylpolitik Schwedens und ihren Folgen eine Lehre ziehen und nicht zu viele Flüchtlinge in unser Land hereinlassen.

Auf dass wir nicht auch so einen Albtraum erleben müssen wie die Schweden!

Margrit Neukomm, Mitglied Parteileitung der SD Schweiz, Bern